

DRINGLICHE INTERPELLATION

der UDC/SVP-Fraktion, durch Grossrat Jean-Luc Addor, betreffend Flugplatz Sitten: Was wird vor dem 24. Februar noch unternommen? (10.12.2007) 1.187

In Beantwortung der Interpellation 07.3436 von Jean-Noël Rey, welche von sämtlichen Walliser Nationalräten mitunterzeichnet wurde, wies der Bundesrat darauf hin, dass die Armeeführung die Kantone in den Militärdirektorenkonferenzen laufend über die einzelnen Schritte der Erarbeitung des Stationierungskonzepts informiert habe. Während der Phase der regionalen Optimierung hätten die Kantone Gelegenheit gehabt, sich detailliert zu den von der Armee weiterhin genutzten Standorten zu äussern. Weiter antwortete der Bundesrat: "Mit Schreiben vom 27. Januar 2005 zum Stationierungskonzept hat der Staatsrat des Kantons Wallis keine Vorbehalte zum Weiterbetrieb des Militärflugplatzes Sion angemeldet."

Nichtsdestotrotz wurde die im Juni 2007 in Vernehmlassung gegebene Anpassung und Fortschreibung des Sachplans Militär (SPM) vorläufig auf Eis gelegt, jedenfalls was den Militärflugplatz Sitten angeht. Eine sowohl aus Vertretern des Kantons als auch des Bundes bestehende Arbeitsgruppe befasst sich gegenwärtig mit dem Dossier.

In wenigen Wochen startet die Kampagne zur "Initiative gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten". Volk und Stände werden darüber am 24. Februar 2008 abstimmen. Angesichts dieser Ausgangslage haben die Walliser das Recht zu wissen, ob die Regierung alles unternommen hat, um die Interessen der Anwohner des Flugplatzes Sitten bestmöglich zu schützen, wie weit die Arbeiten der Arbeitsgruppe fortgeschritten sind und was zur Erreichung der Ziele, welche der Vorsteher des DFIS am 14. Juni 2007 vor dem Grossen Rat dargelegt hatte, getan wurde. Zur Erinnerung: Es handelt sich um nachstehende Ziele, welche im Verlauf einer Sitzung mit dem Vorsteher des Verteidigungsdepartements (VBS) am 27. April 2007 festgelegt wurden:

1. Der Lärm muss bis zum Jahr 2010 zwingend auf das Niveau des effektiven (und nicht etwa des geplanten) Lärms des Jahres 2001 begrenzt werden.
2. Ab 2010 kommt es zu einer Lärmreduktion, insbesondere dadurch, dass die Tigers durch Propellerflugzeuge des Typs PC-21 ersetzt werden. Das Bundesdepartement muss ein neues Lärmkataster ausarbeiten, anhand dessen die mit dem Ersatz der Tigers durch PC-21 einhergehende Lärmreduktion evaluiert werden kann.
3. Der Sachplan muss samt allen Begleitdokumenten, die eine Beurteilung der Auswirkungen in den Bereichen Lärmbelastung, Luftverschmutzung und Raumplanung erlauben, in die Vernehmlassung geschickt werden.

Eine Klärung der Situation ist insbesondere deshalb nötig, weil es Gerüchte gibt, dass der gegenwärtige Ausweichflugplatz Emmen vollständig zur vierten F/A-18-Basis umfunktioniert werden könnte.

Angesichts der obigen Ausführungen möchten wir vom Staatsrat Folgendes wissen:

1. War sich der Vorsteher des DFIS bei der Unterzeichnung des Schreibens vom 27. Januar 2005 an den Vorsteher des VBS zum Stationierungskonzept der Armee (Stand vom 6. Dezember 2004) bewusst was auf dem Spiel steht oder hat er diese Gelegenheit, die Interessen der Anwohner des Flugplatzes Sitten zu verteidigen, einfach verpasst? Entspricht das, was in der Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Rey über das Schreiben des Staatsrates gesagt wird, der Wahrheit?
2. Haben die Arbeiten der Arbeitsgruppe Kanton-Bund bereits zu konkreten Ergebnissen geführt und wenn ja, zu welchen?

3. Welche Meinung hat der Staatsrat zu den Bedingungen, unter welchen diese Gruppe arbeiten muss (insbesondere zur Einstellung des Bundes) und zu den Perspektiven dieser Institutionalisierung des von Walliser Seite schon so lange geforderten Dialogs mit der Luftwaffe?
4. Welche Massnahmen hat die Regierung zur Erreichung der am 14. Juni 2007 dem Parlament dargelegten Ziele ergriffen?
5. Wann werden die Tigers auf dem Luftwaffenstützpunkt Sitten effektiv durch PC-21 ersetzt?
6. Können die Anwohner des Flugplatzes Sitten mit einem deutlichen Rückgang der Starts von Flugzeugen mit Nachverbrennung rechnen und wenn ja, innerhalb welcher Frist und in welchem Umfang (im Vergleich zu dem, was angekündigt wurde)?
7. Wann erfahren die Besitzer des von der Fluglärmbelastung betroffenen Baulandes, was genau mit ihren Parzellen passiert (gegenwärtig sieht es so aus, als würden diese Parzellen einfach umgezont oder zumindest mit erheblichen Baubeschränkungen belegt) und wie die Bedingungen einer allfälligen Entschädigung aussehen?
8. Was hat der Staatsrat unternommen, um von der Luftwaffe zu verlangen, dass diese bei den F/A-18-Flügen Rücksicht auf die Tourismussaisons und die Schul- und Lehrabschlussprüfungen nimmt, insbesondere was das Jahr 2008 angeht?
9. Stimmt es, dass der gegenwärtige Ausweichflugplatz Emmen zu einer F/A-18 Basis wird und wenn ja, wann? Inwiefern würde dies die Anzahl der F/A-18-Flüge in Sitten reduzieren und welches wären die Auswirkungen auf die Lärmimmissionen und Risiken (Umzonung von Bauland), denen die Anwohner des Flugplatzes Sitten ausgesetzt sind?
10. Wie hoch stehen die Chancen des Wallis, im Gegenzug zur Abnahme der Anzahl F/A-18-Flüge häufiger für Helikopterflüge genutzt zu werden und was hat die Regierung unternommen, um auf eine entsprechende Umnutzung des Luftwaffenstützpunkts Sitten hinzuwirken?

Aktualität: Dieses Thema ist quasi ein Dauerbrenner, insbesondere aufgrund der häufig festgestellten Gleichgültigkeit, mit welcher ihm die Luftwaffe und sogar der Vorsteher des VBS begegnen. Es geht um die Zukunft des Luftwaffenstützpunktes Sitten und dessen Auswirkungen auf die Anwohner, insbesondere mit Blick auf die schon bald (24. Februar 2008) stattfindende Abstimmung, die für das Wallis von grosser Tragweite sein wird. Unvorhersehbarkeit: Es war nicht vorherzusehen, dass der Bundesrat - trotz der angeblich viel versprechenden Ergebnisse der Sitzung zwischen dem Vorsteher des VBS und dem Vorsteher des DFIS vom 27. April 2007 - in seiner Antwort vom 21. November 2007 auf die Interpellation Chevrier 07.3374 (mitunterzeichnet von sämtlichen Walliser Nationalräten) zu konkreten und für Zehntausende von Wallisern äusserst relevanten Fragen weiterhin nur ausweichend Stellung nimmt. Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion: Angesichts der Gleichgültigkeit des Bundes muss der Staatsrat einmal mehr intervenieren, um klare Antworten zu verlangen. Die Walliser haben ein Anrecht darauf zu wissen, was Sache ist, insbesondere im Hinblick auf die anstehende Abstimmung, die uns direkt betreffen wird.

Sitten, den 10. Dezember 2007
(09.00 Uhr)

UDC/SVP-Fraktion, durch
Jean-Luc Addor, Grossrat